

Volksmacht

Die **Volksmacht** erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 M., einschließlich Frachtkosten. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 M., einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die **Geplante** Zeitspalte 25 Pf., für auswärtig 30 Pf., die **Geplante** Zeitspalte 80 Pf., Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pf. Anzeigen mit **Wahlbestimmung** werden besonders berechnet.
Bei **Wiederholung** Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 41

Danzig, Sonnabend den 13. Oktober 1917

8. Jahrgang

Reichstagstrife

Die am Sonnabend im Reichstage vorgenommene Generalabrechnung mit der „Deutschen Vaterlandspartei“, der neuesten Schutzorganisation der großkapitalistischen Annerktionen, und ihrer Hintermänner und Schutzpatrone hat die politische Situation in Deutschland wertvoll erhellt. Trotzdem kam diese verdienstliche Aufklärung einigermassen überraschend und wohl auch etwas wider Willen. Die gegenteilige Annahme würde gar zu viel politische Intelligenz in den seitenden Stellen des Reiches voraussetzen. Daß es trotzdem zu den Vorgängen kam, die sich im Reichstage abspielten, ist um so mehr bemerkenswerter für das, was scheint und — ist!

Wer die „Deutsche Vaterlandspartei“ nicht mit der wunderbaren Harmonie der Königsberger Oberbürgermeisters beurteilt, weiß, welche politische Größen hinter diesen Vorhänge um Deutschlands innere und äußere Zukunft wüteten! Wie weit ihre Verbindungen mit der Regierung gehen, war jedoch nach außen noch ungeklärt. Darüber sollte der Reichstag vor dem Volke und der gesamten Welt Licht verbreiten. Daher hörten viele am Sonnabend mit geschärften Sinnen nach dem Berliner Reichshause. So mußte der Tag zu einer Probe auf die politische Intelligenz und — Verantwortlichkeit werden, wie sie während dieses Krieges noch selten notwendig war.

Daher war die größte Ueberraschung von vornherein, daß der neuernannte Kanzler überhaupt nicht erschien, sondern ausgerechnet durch den ausgezeichneten Leiter erst Bankdirektor a. D. Helfferich erklären ließ, daß eine große politische Debatte überhaupt — nicht in Frage kommt! Was würde wohl der berühmte schwehische Kanzler Orensterno dazu ohne Zensur gesagt haben?

Graf Landberg haute der Regierung, ganz ungewohnt schon in seiner gemessenen Art, die die größte sachliche Schärfe mit der stärksten Beherrschung des Temperaments verbindet, goldene Brücken. Von der bestellten Verletzung der Form oder berechtigter Empfindungen konnte ihm gegenüber auch beim höchsten Willen nicht gesprochen werden. Rednerisch meisterhaft frug er eine erdrückende Fülle von Tatsachen behördlicher Förderung der Alldentschen, Vaterländischen und wie die Deutnamen der schwerreaktionären Eroberungsfanatiker laßt noch heißen mögen, vor und zog aus ihnen Folgerungen, deren zwingender Logik man sich bis in die nationalliberalen Reihen hinein nicht entziehen konnte.

Dann kam der Kriegsminister, ein Mann, der sich als kühnster Soldat bewährte, als Politiker aber gar kein Glück zu haben scheint. Er sprach gegenüber der erschreckenden Fülle wichtigster Tatsachen, die Landsberg eingehend schilderte, und die unser Bericht leider nicht wiedergeben konnte, von den paar unbedeutenden Beispielen, die man „zu sammengefaßt“ habe. Soeben hat ganz Deutschland am Geburtstag Hindenburgs in beispielloser Einmütigkeit das Gedenken des Feldherrn gefeiert und dabei die Verdienste Ludendorffs nicht vergessen. Der Kriegsminister hatte aber ausgerechnet die Idee, zur Verteidigung einer Sache, die vorgeblich gar nicht die der Regierung ist, zu behaupten, daß gerade in diesen Tagen Zerwürfnisse zwischen den beiden Schlachtenlenkern erfunden worden wären. Schon das Hineinziehen der beiden Männer in diese Auseinandersetzung mußte stark verstimmen. Daß es für den Zweck geschah, war noch unverständlich. Es war daher sehr begreiflich, daß der Kriegsminister zeitweilig in dem von ihm entfesselten Sturm der Zurufe gar nicht zu Worte kommen konnte.

Dann kam der geniale Helfferich, der nach Meinung des Reichstanzlers selbstverantwortlicher Vizekanzler werden muß, weil er durch seine diplomatischen Talente besonders berufen sein soll, das deutsche Volk bei den Friedensverhandlungen zu vertreten! Er konnte gar nicht „glücklicher“ beginnen als mit den Worten: „Ich habe den Ausführungen des Herrn Kriegsministers nur wenig hinzuzusetzen“. So schuf sich Helfferich gleich die richtige „Stimmung“, und in diesem Sinne folgte dann Schlager auf Schlager. Nachdem er unter wachsender Mühe gesprochen hatte, fand er den kernhaften Satz: „Ich glaube, das, was ich gesagt habe, kann Sie beruhigen.“ Dies war aber erschütternd nicht der Fall und nach diesem Satz lauturgemäÙ weniger als zuvor. Und so schloß Herr Helfferich, lower gekränkt, mit diesen schicksalsschweren Worten:

„Wenn Sie zu den Männern, die an der Spitze der Heeresverwaltung und der Reichsleitung stehen, allerdings nicht Vertrauen haben (lebhaftes Zurufe links: Nein! Nein! das haben wir nicht!), so hat es keinen Zweck, daß ich hier noch ein Wort sage.“

Der „Vorwärts“ meint, so könne nur ein Kind reden, das eine Puppe nimm und das Lotal verläßt!

Verbürgtes zur Kriegsleihe

Ist die Flüssigmachung der Kriegsleihe ohne Opfer gesichert?

1. Schon jetzt sind die Reichsbankanstalten angewiesen, jedem Zeichner von Kriegsleihe, der sie aus wirtschaftlichen Gründen verkaufen muß, jederzeit Beträge bis zu 1000 M. zum Aufschlagkurs von 98% abzunehmen.
2. Ueber die Maßnahmen nach dem Kriege führte jüngst der Reichsbankpräsident aus:

Die Darlehnsstellen werden zweifellos noch eine längere Reihe von Jahren — ich nehme an wenigstens vier oder fünf — bestehen bleiben und jeder Beleihung zugänglich sein. Aber die Beleihung bei den Darlehnsstellen wird nicht ausreichen. In sehr vielen Fällen wird der Besitz sich durch die Größe seiner Aufwendungen gezwungen sehen, seinen Besitz an Kriegsleihe durch Verkauf wieder umzuwandeln in bares Geld und dieses wieder in Rohstoffe und Werksanlagen und dergleichen. Es ist deshalb ganz richtig, daß aus diesem Grunde in den ersten Jahren nach Kriegsende sehr große und nach Milliarden zählende Beträge von Kriegsleihen an den Markt strömen werden. Für diese ist eine Kurinaktion im großen Stil in Aussicht genommen, die, wie ich hoffe und wünsche, die Reichsbank mit der gesamten heutigen Bankwelt ins Werk setzen wird, der sich in hundert Jahren zu keiner Gelegenheit hat überall zu Bankvereinigungen zusammengeschlossen hat, und diese werden sich dann wohl unweigerlich zu jener gemeinsamen Aktion zusammenschließen. Auch hier sollen die Darlehnsstellen zur Lösung der Aufgabe mit herangezogen werden, notwendigfalls mit einer „Ergänzung“ des Darlehnsstellenbestandes. Mit ihrer Hilfe soll ein großer Teil des für die Aufnahme erforderlichen Betriebskapitals beschafft werden, während andererseits die Zusammenarbeit von Reichsbank und Bankwelt die Aufgabe übernehmen soll, die zum Abschluß ausgewählten Werte in einer Anzahl von Jahren wieder abzusetzen und ihre Abzahlung zu ermöglichen.

Ich hege keinen Zweifel, daß dies Programm seiner Natur nach eines überaus hohen Verstandesbedingtes und eines Ausmaßes, der mit dem inneren Wert unserer Wäse nicht mehr übereinstimmen würde, einen wirksamen Damm entgegenzusetzen wird.

Die Redner der Mehrheit ließen es durchweg an der deutlichen Beurteilung der „Vaterlandspartei“ und der Regierungssituation für sie und ihre Beschreibungen nicht fehlen. Treibhorn vom Zentrum wies die Annexionisten und Helfferich mit gebotener Deutlichkeit zurück. Der Fortschrittler Haas sprach gegen die falschen Propheten, die immer die nahe Verschlechterung aller Feinde ankündigen, und gegen Herrn von Tirpitz, der für den nun schon etwas zurückliegenden 1. August die Unterwerfung Englands verkünden hat. Er zeigte, wie diejenigen die Einzelteil hören, die Zwist, Freundschaft und Gestank ins Land tragen und nun auch die Armee für ihre Zwecke gewinnen wollen. Er fragte, wer diese ganze Agitation bezahle und erwähnte einen Ausspruch, der die Zustände in Berlin mit den Zuständen unter der „Camorra“ verglich. Er fragte weiter: „Wer ist für diese Dinge verantwortlich?“ Er forderte, daß die Reichsregierung sich endlich zu einer klaren und eindeutigen Stellungnahme aufraffe und den „starken Mächten“ entgegenstehe, die „hinter diesem Treiben stehen“. Er forderte die kraftvolle, einseitige, selbstsichere, von heimlichen Einflüssen unabhängige, gegen Nebenrichtungen gewappnete Regierung — mit einem Worte: die Regierung, die jetzt nicht existiert. Selbst der Nationalliberaler Thomas sprach vermittelnd, sachlich aber der Mehrheit zustimmend. Mitten in die Debatte hinein fiel der ganz selbstverständliche Antrag der „Unabhängigen“: zu erklären, daß die Beantwortung der Anpellation der Reichstages des Reichstages nicht entspreche. Seine Annahme würde die Ablehnung der Regierung durch die Volksvertretung bedeuten.

Marheit muß unbedingt darüber geschaffen werden, ob die „Vaterlandspartei“ die Partei der Regierung ist und wie diese zu den Eroberungsplänen der Annexionisten steht. Sonnabend war ein Tag, der für die Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands ungemein fruchtbar gewirkt hat. Merit der Beantwortung der Papstnote und der Friedensrede Czerning läßt sich das Auftreten der Regierungsvertreter im Reichstage beim besten Willen nicht vereinbaren. Wir haben die Einmischung Wilsons in deutsche Verhältnisse klar zurückgewiesen. Wer kann es aber Staatsmännern, die mit uns das Schicksal der Zukunft der Welt in Friedensverhandlungen bestimmen sollen, verübeln, wenn sie nur mit Vertretern einheitlicher Meinungen unterhandeln wollen? Die Erfüllung

dieses Verlangens ist durchaus eine notwendige Forderung des deutschen Volkes. Die Obrigkeitregierung kann sie anscheinend nicht mehr erfüllen.

Die Krise nahm jedoch nicht die Entwicklung, die man im Interesse der Demokratisierung Deutschlands wünschen mußte.

Die Welt, die mit Spannung der Lösung unseres inneren Konfliktes harret, wird mit Staunen vernehmen, daß in der Sitzung des Hauptausschusses sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie für die Bewilligung des Nachtragetats gestimmt haben, die damit auch für die dritte Lesung der Vollversammlung gesichert wurde. Dem Herrn Helfferich, der am Sonnabend dem Reichstag die Hochschöpfung zeigte, ist am Montag sein Vizekanzlergehalt bewilligt worden. Wie war das möglich?

Es war möglich, weil die bürgerlichen Parteien, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei, Scheu vor einem Konflikt hatten und sich deshalb mit einem Erfolg begnügten, den man nur höflicherweise noch einen haben nennen kann. Herr Michaelis gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, die etwas klarer ist als die Regierungserklärungen vom Sonnabend, aber jedes Bedauern über das Verhalten der Regierungsvertreter in der letzten Reichstagsitzung und jede selbständige politische Stellungnahme vermieden ließ. Man kann aus seinem Verhalten schließen, daß die behördliche und militärische Agitation gegen die Politik des Reichstages in der nächsten Zeit stark eingebremst werden wird. Dieses schadhafte Ergebnis hat den bürgerlichen Parteien der Mehrheit genügt, das erhobene Schwerdt wieder einzulegen und die Dinge auf sich beruhen zu lassen. Michaelis bleibt Reichstanzler, Helfferich sein Stellvertreter, und Herr v. Stein bleibt Kriegsminister!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann das nicht mitmachen. Sie hat gegen den Nachtragetat gestimmt, und damit ihrer grundsätzlichen Stellung zum System Michaelis-Helfferich Ausdruck gegeben. Sie ist jetzt davon überzeugt, daß ihr Verhalten in den weitesten Kreisen des Volkes gebilligt werden wird: nicht nur von ihren eigenen Anhängern, sondern auch von vielen Anhängern der Volkspartei und des Zentrums. Wenn sie den Nachtragetat ablehnt, so tut sie es nach dem Grundgesetz: „Stimme so, wie nach deiner Ueberzeugung die Mehrheit stimmen möchte.“ Nach ihrer Ueberzeugung hätte sich die Mehrheit nicht mit Kompromissen abgeben lassen, sondern reinen Lügeln folgen.

Das Volk wäre der Mehrheit für eine solche Haltung, die doch an einer Stelle im Reich einen bestimmten Willen hätte erkennen lassen, dankbar gewesen. Und dieser bestimmte Wille hätte sich, wir zweifeln nicht daran, auch durchgesetzt. Da er aber nicht vorhanden ist, kann er sich auch nicht durchsetzen.

Die Uneinigkeit ist aber noch lange nicht das schlimmste politische Uebel, an dem wir zu leiden haben. Das schlimmste ist, daß wir nicht recht wissen, wozu man uns führt! Die Mehrheit hat keine Sicherheit dafür, daß ihre Politik getrieben wird, und die Minderheit trägt sich mit der Hoffnung, daß man demnächst ihre Politik treiben wird, sie meint, man müsse die Regierung nur vom Druck der Mehrheit befreien, dann komme alles übrige von selbst. In dieser Hoffnung wird sie durch den Verlauf der neuesten „Krise“ weitlich befrustet werden. Ihre robuste „Rückwärtssozialist“ tritt desto heftiger auf den Plan, je sicherer sie weiß, daß auf der anderen Seite zerbrochene Gemüter wachen, bei denen das Rücksichnehmen und Bedenken tragen kein Ende nimmt. Nur ein fester Wille kann sie so beschreiben machen, wie sie es sein müssen, wenn aus ihrem Treiben dem Reiche nicht schwerer Schaden entstehen soll.

Selbstverständlich wird sich die Rechte bemühen, in den Spalt, der sich in der Mehrheit aufgetan hat, einen recht breiten Keil hineinzutreiben. Das lockende Ziel, die Sozialdemokratie zu isolieren und in einer sozialistischen Mehrheit die Führung wieder an sich zu bringen, wird ihnen nicht mehr als unerreichbar erscheinen. Im Volk aber werden die Hoffnungen, die man auf den Reichstag gesetzt hat, einen schweren Sturz erfahren. Das ist gewiß tief bedauerlich. Aber noch bedauerlicher wäre es gewesen, wenn die Sozialdemokraten, bloß um die einheitliche Front der Mehrheit zu wahren, eine Politik der Schwäche mitgemacht hätten. Sie haben, indem sie sich in dieser wichtigen Frage von der Mehrheit trennten, von zwei Uebeln das Kleinere gewählt.

In der Sitzung des Reichstages am Dienstag hat der Reichstanzler sich wenigstens ungewissenheit für den Verständigungsfrieden des Reiches angedeutet. Das demnach unrichtig dieses Bekenntnis in letzter sympathischer Art der Staatsleitung vorzutragen. Der Kanzler weicht aus der Richtung gegen die Kriegsverlängernden großfalschenden Entstellungen der „Vaterlandspartei“ über den „Hungers“, „Schmach“ und „Verzicht auf Frieden“.

Ihren besonderen Charakter erhielten die geistigen Verhandlungen durch auffeinandergeleitete Anschuldigungen die die Regierungsvertreter — der Reichstanzler und der Staatssekretär der Marine selber — gegen die parlamentarischen Führer der „Unabhängigen“ wegen ihrer Befehlshaber an ihre erdort Barkommisaren in der Marine erhoben. Wie verhalten sich

Beit Jahren betrachtet es die erwachsene Arbeiterschaft als besondere Ehrenpflicht, sich ihrer Jugend arguementlich und für den Weg zu weisen, der alle der braven Alltagsnot zu freien leuchtenden Pfaden, zu ernster Geistesbildung und fruchtigen Lebensbejahung führt.

Das geistige Band, das die Jugendlichen untereinander verbindet, ist unsere Jugendzeitung, die „Arbeiter-Jugend“. Sie erscheint wöchentlich und ist reichhaltig und interessant ausgestattet.

Pflicht der Arbeiterkassen muß es sein, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter der freien Jugendbewegung und deren Veranstaltungen zuzuführen, sowie für sie die „Arbeiter-Jugend“ zu abonnieren.

Arrechnung der Unterstützung für Kriegerfrauen.

Beim Reichskanzler ist neuerdings von verschiedenen Seiten Beschwerde darüber geführt worden, daß die Lieferungsverbände (Stadt- und Landkreise) oft nicht genügendes Wohlwollen bei den Entscheidungen über Entziehungen der Familienunterstützung für Kriegerfrauen usw. gezeigt haben.

Eine für Kriegerfrauen und Hauswirte wichtige Entscheidung des Kammergerichts wird durch die Presse bekannt.

Die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges eine Wohnung gemietet und den Mietvertrag allein unterzeichnet. Es war dann gegen sie ein Räumungsurteil ergangen.

Möbel für junge Ehepaare.

Der Handelsminister hat auf die herrschende Möbelnot und die sich voraussetzende noch steigenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Möbeln bei den Gemeindeverbänden die Frage der Unterstützung von einfachen Gebrauchsmöbeln und ihre Abgabe an junge Ehepaare angesetzt.

Presse und Allgemeinwohl

In Köln besteht die Einrichtung der Pressebesprechungen. Dies sind regelmäßige Zusammenkünfte, die meistens der Oberbürgermeister mit den Vertretern aller Zeitungen abhält.

„Eben vor dem Auge habe ich die Presse nicht gering eingeschätzt, aber ihre volle Bedeutung ist mir doch erst während des Krieges zum Bewußtsein gekommen.“

daran Kritik anzufügen wird und muß, ist sicher. Die Kritik ist das gute Recht der Presse, und sie darf sich auch die Beschränkung des Reichstages durch die Landesparlamente zu verweigern.

Unterchriften von Zivilisten auf Feldpostkarten verboten.

Vorsicht bei der Anwendung des Bernerkes: „Feldpostkarte“ lehrt der nachstehende Vorfall: Ein Soldat schrieb mit seinen Angehörigen eine Postkarte, verschickte sie mit dem Bernerkes „Feldpost“ und ließ einige Grußworte von seinen Angehörigen darauf niederschreiben.

Das Ende der Reisefreiheit? Aus Berlin wird gemeldet:

Wir mitteilen können, verhandeln sie die beteiligten Instanzen über Mittel und Wege einer weiteren recht erheblichen Verkehrsbeschränkung auf den Eisenbahntrecken.

Aus Westpreußen

Der Sozialdemokratische Verein in Odra

wählte in seiner letzten General-Versammlung anstelle des zum Heeresdienst eingezogenen Genossen Schilke den Genossen Schmidt zum Schriftführer. Der Kassenbericht vom 3. Quartal 1917 zeigte eine Einnahme von 67,80 Mark.

Unter „Berstehendes“ wurden Ernährungsfragen besprochen.

Ganz entschieden wurde der neue Milchpreis verurteilt. 40 Pf. für einen Liter Milch ist zu hoch. Die meisten Familien sind nicht in der Lage, weiter Milch für ihre Kinder zu kaufen.

Mitteleuropäische Agitationsmethoden

Drauf. Die Mitteleuropäer entfalten mit ihrer neugegründeten „Deutschen Vaterlandspartei“ überall eine lebhaftige Agitation.

ktion. In Dargitz erfolgte die vorbereitende Sitzung der Landtags- und Reichstagskammern unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Am Samstag fand auch in Pr. a. L. eine Gründungerversammlung statt, die den üblichen Verlauf nahm.

Marieverder. Die letzte Stadtverordnetenversammlung billigte den Beamten und Lehrern laufende Kriegsteuerzulagen in fast gleicher Höhe der den mittleren Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen.

Soziales

Ein Kioskschrei über die Wohnungsnot

Der Superintendent Herr Hammer in Nordhausen sieht sich auf Grund eigener früher Erfahrungen genötigt, in den dortigen bürgerlichen Zeitungen den folgenden Kioskschrei zu veröffentlichen.

Aus der Partei

Die Werberversammlung der Frauen

Für kann wird eine Versammlung uns neue Mitglieder zu führen, wenn sie gut vorbereitet ist.

Der Arbeiter muß jede Genossin in den letzten Tagen vor der Versammlung in einem möglichst weit gezogenen Bekanntenkreis für die Versammlung werben.

In der Versammlung darf man die Arbeit nicht nur dem Redner und der Leiterin überlassen. Man beteilige sich in der kurzen Pause, die am besten zwischen dem Vortrag und der Aussprache eingelegt wird.

Wer sich die „Gleichheit“ nicht aufhebt, sollte sie überhaupt nicht als Werbemittel an andere Frauen weitergeben.

Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung bei Alfred Land, Fabrik: Gasanstalt Thornscher Weg 11.

Die Internationale des Dynamits

Auf die von oppositioneller Seite im englischen Unterhause gestellte Anfrage: ob nicht schon eine Konferenz von kritischen Kapitalisten mit „feindlichen Ausländern“ stattgefunden habe, hat die dortige Regierung erwidert: „Nein!“ Nach einer anderen Besart soll der Regierungsvorsteher das „Kürzliche“ stattfinden einer solchen Konferenz bestritten haben. Auf das „Kürzliche“ ist jedenfalls die Betonung zu legen, denn die britische Regierung wäre nicht bei der Wahrheit geblieben, wenn sie rundweg behauptete, Verhandlungen britischer Kapitalisten mit „feindlichen Ausländern“ hätten während des Krieges überhaupt nicht stattgefunden mit Wissen und Willen der beiderseitigen Regierungen. Es müssen vielmehr in dem Falle, den wir beleuchten wollen, sogar recht langwierige Besprechungen zwischen britischen und deutschen Vertretern des Bank- und Industriekapitals vor sich gegangen sein, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine Regelung sehr verwickelter finanzieller Beziehungen gehandelt hat.

Unser Fall betrifft nämlich die Auseinandersetzung innerhalb des einstigen

internationalen Nobel-Dynamit-Trustes, London.
Er bestand in die Kriegszeit hinein als eine sehr enge Verbindung zwischen den britischen Sprengstoffwerken mit ihren Tochtergesellschaften in Sibirien, Spanien usw., und den bedeutendsten Dynamit- und Pulverfabriken in Deutschland, deren Hauptvertretung die Dynamit-A.G. vormals A. Nobel in Hamburg ausübte. Der Internationale Dynamit-Trust selbst war durch zum Teil hervorragenden Aktienbesitz an dem genannten Hamburger Unternehmen, an den Deutschen Sprengstoffwerken Hamburg, der Dresdner Dynamitfabrik, nahm weiter durch intime finanzielle Verbindungen Einfluß auf andere Unternehmungen, die wieder unter sich in den Gruppen des Deutschen Sprengstoff- und des Pulverartikels vereinigt waren. Umgekehrt befanden sich noch verhältnismäßig größere Anteile der britischen Werksgruppe des Internationalen Dynamit-Trustes in Händen der größten deutschen Sprengstoff- und Pulverfabrikanten. Es bestand ein sehr verwickeltes Schachtelsystem innerhalb der britisch-deutschen Sprengstoffindustrie, eine „ungewöhnliche Verschiedenheit der gegenseitigen Beziehungen“, wie sich eine Handelszeitung ausdrückte, als sie die durch den Krieg herbeigeführte Auflösung des Trustvertrags besprach. Von den sehr verwickelten Abmachungen zwischen den Werksgruppen hat die breite Öffentlichkeit, wahrscheinlich sogar nicht einmal eine nicht kleine Zahl der Anteilhaber noch keine Kenntnis erhalten. Darum konnte sich bei der im August 1915 erfolgten Auflösung des Internationalen Dynamit-Trustes in London ein Aktionär (nach einem „Times“-Bericht) beklagen, daß die Aktionäre ein Übereinkommen (!) bestanden hätten, dessen Wortlaut sie nicht gehört haben, um so mehr als auf beiden Seiten große Zahlungen zu leisten seien!

Demnach erfolgte erst nach einjähriger Kriegsdauer die Auflösung des Trustes, womit eine vielleicht vorläufige Ausgleichsrechnung zwischen den britischen und den deutschen Trustgenossen verbunden war. Auf der Generalversammlung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken am 29. Dezember 1914, einem der Hauptinteressenten des Internationalen Dynamit-Trustes, erklärte der Vorsitzende, im November d. J. sei die Aufkündigung des Vertrags mit der Nobel-Dynamit-Trust-Kompanie (der offizielle Name des Trustes) ergangen. Die deutschen Gesellschaften müßten infolge des Kriegsausbruchs darauf bedacht sein, sich von jeder Gemeinschaft mit ihren bisherigen englischen (!) Freunden abzusagen“. Also erfolgte die Vertragskündigung seitens der deutschen Trustgenossen bereits im November 1914 und erst gegen Ende August 1915 war man so weit, daß die Vertragsauflösung und gegenseitige Abrechnung erfolgen konnte. Die Verhandlungen über den Ausgleich sind aber, wie die „Times“ Mitte August 1915 meldete,

unter Zustimmung der britischen Regierung

unter Abschluß gelang.
Wie und von wem diese Personalitäten sind denn diese von den beiderseitigen Regierungen gebilligten, äußerst langwierigen, darum monatlang dauernden Verhandlungen geführt worden? Der diffizilen Natur der internationalen Trustvereinbarungen entsprechend, können zweifellos nur mit den verwickeltesten, auch mit den allerintimsten Geschäftsverhältnissen durchaus vertraute Personen als Verhandler in Frage kommen. Darum werden Konferenzen der kapitalistischen Trustvertreter stattgefunden haben, gleich ob in der Schweiz (wie der britische Anfrager annimmt) oder in Holland, Skandinavien oder wo sonst. Ohne eingehende mündliche Besprechungen der mit allen Geschäftsverhältnissen Vertrauten kann es nicht abgegangen sein, dafür waren die gegenseitigen finanziellen Beziehungen ungewöhnlich verschlungen. Und gerade der geheimnisvolle Charakter, der auf diese internationalen kapitalistischen Ausgleichsverhandlungen gelegt worden ist, beweist, daß ein „Verkehr mit feindlichen Ausländern“ stattgefunden hat, der allerdings mit der um jene Zeit noch rückwärtschweifenden Bölkerverehrung der Chauvinistenpresse grell kontrastiert.

Die Auflösung des internationalen Dynamit-Trustes führte Großbritannien zur Bildung der Nobel's Explosives Co. Ltd. in Glasgow, jetzt die Vereinigung der britischen Sprengstoffwerke. Und in Deutschland schlossen die Dynamitfabriken einerseits, die Pulverfabriken andererseits unter Führung der Hamburger Dynamit-A.G. vorm. A. Nobel eine Art Gewinnverteilungskartell. Nach dem von der britischen Regierung gebilligten Übereinkommen wurde den deutschen Trustgenossen ein Barbetrag von ungefähr 10.000.000 Mk. zugesprochen. Mit ihm hat tatsächlich bereits im Laufe des siebendjährigen ersten Kriegsjahres eine internationale finanzielle Abmachung zwischen kapitalistischen Gesellschaften stattgefunden. Daß es zum Abschluß dieser ungewöhnlich verwickelten Finanzoperation

mindestens einer Konferenz der kapitalistischen Trustvertreter bedurfte, versteht sich am Rande. Dahin wäre die „Kürzliche“ Antwort der britischen Regierung zu berichtigten.

Aber die erfolgte Geschäftsabwicklung des Dynamit-Trustes während des Krieges erhält auch für uns Deutsche ein besonderes Interesse, wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchen schönen Reden konservativ-alledeutsch-schwerindustrielle Organe die Bemühungen der Sozialisten, in Stockholm einen Friedenskongreß zustande zu bringen, begleiteten. Diese Organe haben offen oder versteckt die deutsche Regierung aufgefordert, uns das „Verhandeln mit feindlichen Ausländern“ unmöglich zu machen, von „landesverräterischen“, „undeutschen“, „schmachwürdigen“ Absichten ist geschrieben und gesprochen worden. Da es in erster Linie im alledeutsch-schwerindustriellen Fahrwasser schwimmende Zeitungen sind, die derart gegen die sozialistischen Friedensbestrebungen wüteten, so ist es nun am Platze, zu zeigen, welche Kreise denn bei den Verhandlungen über den Dynamittrust beteiligt gewesen sind.

Die große Stunde

fordert ein großes Geschlecht! Es gilt die Zukunft unsrer Kinder, unsres Volkes, unsres Vaterlandes! Jeder einzelne, der die 1. Kriegsanleihe zeichnet, stärkt das Heer, stärkt das Reich und stärkt die Sicherheit der jetzigen und aller vorangegangenen Kriegsanleihen.

**Allgemeine Wehrpflicht draußen,
— allgemeine Zeichnungspflicht
drinnen!**

Zu' Deine Pflicht!

Die Verhandlungen mit den britischen Trustgenossen sind in erster Linie von Vertretern der Norddeutschen Bank in Hamburg, Unterabteilung der Diskontogesellschaft Berlin, geführt worden. Diese Bank ist nämlich aufs engste verbunden mit der internationalen Sprengstoffindustrie, ist die Hauptbank der Dynamit-A.G. vorm. A. Nobel, Hamburg, der führenden deutschen Abteilung des internationalen Dynamit-Trustes bis zu seiner Auflösung. Mit der Norddeutschen Bank, der Berliner Diskontogesellschaft und der Nobel-Dynamit-A.G., Hamburg, hängen durch gemeinsamen Anteilbesitz, Kartellverträge, gemeinsame Aufsichtsräte usw. eng zusammen die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin, die Pulverfabriken Walsrode, Linsdal, die Sprengstoffwerke Dresden, Weiskalisch-Anhaltische Sprengstoff-A.G., Dresdner Sprengstofffabrik, Deutsche Sprengstoffwerke Hamburg, Karbonit-Gesellschaft Hamburg, Siegener Dynamitfabrik, Rheinische Dynamitfabrik Köln usw. Kurzum so gut wie die ganze deutsche Pulver- und Dynamitindustrie ist im Besitz oder steht wenigstens unter leitender Kontrolle eines verhältnismäßig kleinen Großkapitalistenkonzerns unter Führung der Diskontogesellschaft—Norddeutschen Bank. Diese Industrie ist bereits so konzentriert und kartelliert, daß sie ein unbestrittenes, ungeheuer einträgliches Monopol ausübt und überreife ist für die Ueberführung unter Reichsregie.

Betrachten wir uns die leitenden Hauptpersonen, dann finden wir auch die Namen wieder, die in der alledeutsch-annexionistischen Propaganda mit an hervorragendster Stelle stehen. Der „König der Aufsichtsräte“, Louis Hagen (Köln), sitzt in der Leitung der Hamburger Nobelgesellschaft, der Köln-Rottweiler Pulverfabriken, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin. Er saß im Aufsichtsrat des Internationalen Dynamit-Trustes London, der British South Africa Explosives Comp. Er bevollmächtigt weiter die Aufsichtsräte einer Anzahl deutscher Schwerindustriewerke. Hofrat Dr. Ausschläger (Hamburg) ist Direktor oder Aufsichtsrat in einer Reihe von Sprengstoffwerken, war auch im Direktorium des Internationalen Dynamit-Trustes. Er war wohl dessen hervorragendster deutscher Vertrauensmann. Bank-

direktor M. Schinkel (Hamburg) war gleichfalls Trustdirektor. Er sitzt in der Leitung der Norddeutschen und der Diskontobank, der Waffen- und Munitionsfabriken, der großen Gelsenkirchener B.G., der Königs- und Laurahütte usw. Bankrat Beuhenberg (Dortmund) ist Aufsichtsrat der Norddeutschen Bank, der Diskontogesellschaft, der Schaaffhausenschen Bank, Direktor der großen Bergwerks-Gesellschaft Rhönig, ist Direktionsmitglied des Stahlwerksverbandes, des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats usw. Generaldirektor Wüster von der Bergwerks-Gesellschaft Harpen ist auch Aufsichtsrat der Norddeutschen — der internationalen „Sprengstoffbank“ — des Kohlenyndikats, des Bochumer Gußstahlvereins, der Rombacher Hütten usw. Emil Rirdorf dirigiert neben der großen Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und dem Kohlenyndikat die Diskontogesellschaft, die Norddeutsche Bank, die Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, mehrere kleine Sprengstoffwerke, den Schaaffhausenschen Bankverein, den Stahlwerksverband usw. Im Aufsichtsrat der mit den Waffen- und Munitionsfabriken liierten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die vor dem Kriege u. a. auch dem Internationalen Dynamittrust, den südafrikanischen britischen Explosivwerken, der Union der spanischen Sprengstoffwerke, der russischen Gesellschaft für Pulverfabriken beteiligt waren, sitzen neben den Geheimen Kommerzienräten Hagen und Rirdorf noch die Finanzgrößen Th. v. Guillaume, v. Oppenheim und Ausschläger, ferner die Herren Admiral Thomsen, Vizeadmiral Saß, v. Gontard. Und es wirkte dort mit als unmittelbarer Vertreter des Internationalen Trustes ein Herr Kraftmeyer (London), von dem in der Auflösungsverammlung des Trustes im August 1915 auf Anfrage erklärt wurde, er, Kraftmeyer, habe sich zum Engländer „naturalisieren“ lassen. Daher der urdeutsche Name „Kraftmeyer“.

Es sind dann noch eine Anzahl als **Urdeutsche** sehr bekannte und potente **Schwerindustrielle** Hauptbeteiligte an den Erträgen der Sprengstoffindustrie, aber wir können uns mit den Aufgezählten begnügen. Repräsentieren sie doch die „Exreme“ unseres Großunternehmertums, das in seinen Organen uns nun täglich dahin befehrt, läßt, daß der Krieg ohne die Verwirklichung der alledeutsch-imperialistischen Eroberungsziele nicht beendet werden „dürfe“, und daß es „vor allen Dingen“ nottue, die „Engländer“, mit denen sich gerade jene hervorragenden Vertreter unsres großen Bank- und Industriekapitals jahrelang die glänzenden Sprengstoffgewinne freundschaftlich geteilt haben, „niederzumerfen“. Die geschäftsrundigen Vertreter des britisch-deutschen Dynamit-Trustes haben nichts „Vaterlandsloses“ darin gesehen, schon im ersten Kriegsjahr mit „feindlichen Ausländern“ zu konferieren zum Zwecke geschäftlicher Abmachungen. Nun aber im vierten Kriegsjahr sich Männer und Frauen bemühen, zwar keine Finanzgeschäfte mit „feindlichen Ausländern“ auszugleichen, sondern von Menschen zu Menschen sich über den Völkerfrieden zu besprechen, da soll das nach den konservativ-alledeutsch-industriellen Organen eine „undeutsche“, „vaterlandsfeindliche“ Handlung sein?! Vielleicht sagt die — „Vaterlandspartei“ auch dazu öffentlich ihre Meinung...? —

Landtagsabg. Ditto Hue. (B. 269.)

Politische Wochenschau Friedensarbeit

Czernin's Friedensrede

Die Eifertlich über die Grenzen, die kämpfenden Millionenheere und den Höllenjoc der Kanonenschlünde hinweggeführte Friedensdiskussion hat in der neuesten Friedensrede des österreichischen Ministers des Auswärtigen wohl die bisher wertvollste Erklärung gezeitigt. Was er, natürlich auch für das verbündete Deutschland verpflichtend, ausführte, sind, mehr als dies schon die deutsche Antwortnote an den Papst aussprach, Gedanken und Forderungen, die bisher so gut wie ausschließlich von der Sozialdemokratie vertreten wurden.

Mehr noch als es bereits in der deutschen Note zum Ausdruck kam, fällt die offene nicht verlausulierte Sprache des Ministers im Gegensatz zu englischen und französischen Erklärungen auf. Sein klares und eindeutiges Bekenntnis zum Verzichtungsfrieden und zur dauernden Sicherung des Weltfriedens gegen den Weltkriegswahn wird nicht zufällig mit solcher Stärke betont. Wie ja auch die Gründung der auf dem gegenseitigen Standpunkt stehenden „Deutschen Vaterlandspartei“ für den unterrichteten Positiver alles weniger als Zufall war. Gegen den wirklichen „Hungerfrieden“, den die vaterländischen Untersuchungs-freunde allen Völkern durch die ungeheuerliche Verstärkung der Rüstungslasten für alle Ewigkeit aufzwingen würden, proklamiert Czernin mit aller denkbaren Deutlichkeit die unbedingt notwendige Kulturforderung der friedlichen Verständigung der Völker für jetzt und alle Zukunft!

Wägen großkapitalistische Rüstungsinteressenten und imperialistische Weltveroberer auch gegen Czernin in ihrer narrenhaften Weise aufstürmen. Die Massen des Volkes teilen den Standpunkt des weitblickenden verbündeten Staatsmannes. Sie hören aus seinen Worten den nicht zu fernem Klang der Friedensglocken. Und sie wissen, daß seinem Programm und nicht dem der für alle Schrecken des Weltmordens blutigen Kriegsschüerer der Sieg beschieden ist!

Stockholmer Friedensvorschläge

Kopenhagen, 8. Oktober. („Suff. Sig.“) Nach einem Stockholmer Bericht des hiesigen „Sozialdemokraten“ hatte das organisierte Bureau der Stockholmer Sozialistenkonferenz dem holländisch-skandinavischen Ausschuss die Aufgabe übertragen, nach den verschiedenen bei der Organisation eingelau-

lenen Memoranden die Grundlage für die künftigen Friedensverhandlungen ausgearbeitet. Das nun vorliegende Abkommen enthält positive Vorschläge für die Lösung der belgischen, estonischen, polnischen und der Balkanfragen. Im Ausschuss wurden die Vorschläge vollständig inhaltlich erledigt. Man erwartet von ihnen die Forderung des Zusammentritts der Konferenz und die Erzielung der Einigkeit über ein gemeinsames Friedensprogramm zwischen allen sozialistischen Parteien.

Deutschland

„Vaterländischer“ Mißerfolg

Von einer „großen vaterländischen Kundgebung in Kassel“ berichten jetzt die alldeutschen Blätter. Wahrheit ist indessen, daß die eine der beiden alldeutschen Kasseler Versammlungen mit einem kläglichen Fiasko der Schwertligger endete. Rund 700 Personen waren zugegen, davon rund 450 aber Sozialdemokraten. Tapfer, wie die Alldeutschen sind, verweigerten sie die beantragte freie Aussprache, obwohl namentlich ihr erster Redner die Verständigungspartheien scharf angegriffen hatte. Doch konnten sie nicht umhin, nach der Abstimmung über ihre Resolution eine Gegenprobe vorzunehmen zu lassen, da für die Resolution nur 250 Personen gestimmt hatten. Die Gegenprobe ergab aber 430 Stimmen gegen die Resolution. Während die andere Versammlung mit dem Besatze „Deutschland, Deutschland, über alles“, auseinanderging, löste sich diese zweite Ver-

sammlung mit dem machtvollen Truggefäng auf: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet“. Daß die Kasseler Bevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit auf dem Boden des Verständigungsfriedens steht, ist übrigens durch zwei gewaltige Scheinwahl-Versammlungen bewiesen worden.

Rußland

Das neue Ministerium

Petersburg, 9. Oktober. (W.B. Meldung der P. T. A.) Amtliche Liste des von Kerenski auf der Grundlage des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neugebildeten Ministeriums:

Sozialistische Minister sind: Kerenski, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber; Nikitin, Inneres, Post und Telegraphen; Maliantowitsch, Justiz; Protopowitsch, Nahrungsmittelversorgung; Arosentiew, Landwirtschaft; Woedem, öffentliche Arbeiten. Nichtsozialistische Minister: Teretschenko, Auswärtige Angelegenheiten; Konowalow, Handel und Industrie; Bernakty, Finanzen; Salafkin, öffentlicher Unterricht; Kartaschow, Kultur; Kischkin, öffentliche Unterstützung; Smirnow, Staatskontrollen; Tretiatow, Präsident des Wirtschaftsrates bei der vorläufigen Regierung; Wimerowsky, Verkehrsminister; General Werchowstky, Krieg; Admiral Werderowsky, Marine. Kerenski ist bekanntlich kein Sozialist! Er gehört zur

Bauernpartei, die allerdings auch agrarsozialistische Forderungen erhebt.

Amerika

Peru und Uruguay gegen Deutschland

Lima, 7. Oktober. (Privattelegramm. Ag. Havos.) Der Kongress von Peru beschloß mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland, den die Regierung beantragte.

Montevideo, 8. Oktober. (Privattelegramm. Ag. Havos.) Die Kammer nahm mit 74 gegen 25 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.

Hiermit haben zwei weitere südamerikanische Republiken die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Dies mag trotz Luxemburg, bei dem starken „demokratischen“ Druck Widerwartet werden. Die übrigen „Vollstaaten“ mit gleichem Freiheits werden gewiß bald folgen.

Sterya eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck Abnigsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

Seidenstoffe

solide Qualitäten zu sehr vorteilhaften Preisen.

| | | | | | |
|---|------------------------|--|------------------------|---|------------------------|
| Blusenseide schottisch . . . Mtr. | 5⁷⁵ | Kleiderseide (Palette) ca. 80 cm breit, in vielen Farben. . . Mtr. | 15⁰⁰ | Taffet schwarz, für Blusen, haltbare Qualität . . . Mtr. | 7²⁵ |
| Blusenseide dunkel gestreift . . . Mtr. | 6⁰⁰ | Taffet für Kleider und Kostüme, 100 cm breit, schwarz und farbig . . . Mtr. | 18⁵⁰ | Messaline schwarz, für Blusen weiche Qualität . . . Mtr. | 7⁷⁵ |
| Blusenseide bestickt . . . Mtr. | 7²⁵ | Ripsseide ca. 90 cm breit, schwere eleg. Qual., schwarz u. farbig Mtr. | 24⁰⁰ | Cöperseide schwere Qual. in apart. Karos, ca. 85 cm br. . . Mtr. | 18⁵⁰ |
| Blusenseide in hübsch. Chinesenmustern . . . Mtr. | 9⁵⁰ | Seiden-Cachemire weiche, ließende Qualität, 100 cm breit, farbig, Mtr. | 22⁵⁰ | Eolienne 100 cm breit, farbig, Mtr. | 19⁵⁰ |
| Blusenseide 70 cm breit, mod. Streifen . . . Mtr. | 8⁷⁵ | Mäntelseide imprägniert 115 cm breit . . . Mtr. | 23⁰⁰ | Garbadine für Kleider u. Kostüme, 130 cm breit . . . Mtr. | 32⁰⁰ |
| Messaline in vielen Farben für Blusen und Besatz. Mtr. | 6⁰⁰ | Mäntelseide dunkle Schottenmuster ca. 115 cm breit . . . Mtr. | 21⁵⁰ | Crêpe de Chine schwarz und farbig . . . Mtr. | 18⁰⁰ |
| Japon waschbar, weiss, schwarz u. in viel. Farben, 60 cm breit. Mtr. | 6⁷⁵ | | | Seidenvoile in vielen Farben, Mtr. | 12⁵⁰ |
| Japon bedruckt, vornehme Muster für Blusen . . . Mtr. | 10⁷⁵ | | | Voile ninon schwarz, weiss und farbig . . . Mtr. | 8⁵⁰ |
| Rohseide ca. 70 cm breit . . . Mtr. | 9⁵⁰ | | | Seidentüll farbig bedruckt, für elegante Blusen . . . Mtr. | 7⁵⁰ |

Modern gemusterte Seidenstoffe

Erzeugnisse der Wiener Werkstätten. für Blusen, Kissen, Lampenschirme, ca. 90 cm breit. Mtr. **15⁰⁰**

FREYMANN G. m. b. H.

264

Batterien,

Taschenlampen, Helius-Leuchter,

Brennstoff, Brenner, Gummilampen, Brennd., Fahrradöl, Zens., Nähmaschinen, Fahrräder in jeder Auswahl billig.

Gustav Ehms

Fahradgroßhandlung, 1. Damm Nr. 22/23, Ecke Breitgasse

Seeben erschienen:

Vom Schreibtisch in den Krieg

Skizzen von Richard Schiller

Zu beziehen durch Buchhandlung Volkswacht

Preis 40 Pf.

Bekanntmachung zur Gasversorgung

1. Unbegünstigten Bewerber zur Erhebung der bewilligten Gasnormen, lediglich mit der Erklärung, daß ein Auskommen mit der bewilligten Gasnorm nicht möglich ist, kann nicht entworfen werden.
2. Ertragene u. Abrechnung von Gas nach einer Begründung beantragt werden, die sich auf einschlägige Veränderungen im Verbrauch im Vergleich mit der gleichen Zeit des Jahres 1916.
3. Sachliche Erwäge müssen enthalten:
 - a) Kalkulation der Rechnung bei Wärmegemessungen: Bilanz und Buchnummer.
 - b) Anzahl der Personen, die im Haushalt voll versorgt werden; Mitarbeiter geändert.
 - c) Anzahl der Räume, die mit Gas versorgt werden müssen.
 - d) Ertragene Gasnorm, die wenn sich die häuslichen Verhältnisse im Vergleich zu dem Jahre 1916 geändert haben.
4. Mündliche Anträge mit Montage Mittwoch und Freitag oder Samstag vormittags 9 bis 12 Uhr, in der Rufungshalle für die Gasversorgung, Poststraße 1, Thornstraße Weg 11a, Danzig 17, vorzubringen.
5. Jeder Gasverbraucher ist verpflichtet, von einer im Haushalt eingetragenen Personenaufnahme eine Erklärung zu machen. Zu Grund wird die Anzahl der Personen im Haushalt verändertes Gas wird mit einem Zuschlag von 20 Pf. für jedes Subskribent belegt. Kuponwert kann die Gasleitung geändert werden. Diejenigen Maßregeln werden gegen den Empfänger, der zur Grundbücher Angaben sich eine gefälschte Gasnorm bewilligen läßt.
6. Die künftigen Gasnormen dürfen grundsätzlich nicht unterschritten werden. Es werden jedoch in den einzelnen Monaten des Jahres ein oder zwei Gasnormen gegenseitig ausgetauscht. Der Kunde ist dem Mitarbeiter in einem Monat ein Nachtrag zu machen in einem anderen gegenübersteht.

Der Magistrat.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Zur Beschäftigung bei einer Militär-Eisenbahndirektion im besetzten Gebiete (im Bereiche der Kriegsamtsstelle Danzig) werden sofort gesucht:

Schreibhilfen, Boten und Bürodiener, Bahnreisgeschaffner, Personen zur Aufsicht und Aushilfe in Kantinen, Verkäufer für Verkaufsstellen, Lormänner, Stoffausgeber, Pfortner, Aufsichtspersonen für Einheimische und Wächter, Dolmetscher, Personen für den Fernsprekdienst, Hilfswagenauffeher, Pumpenwärter und Sprechmaschinen.

Personen, die im wehrpflichtigen Alter stehen, d. h. vom 17. bis 45. Lebensjahre, werden nicht eingezählt.

Nicht angeworben werden Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft und Fischer, die in der Rüstungsindustrie verwandt werden können. Auch solche Personen, die bereits anderweitig im vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, namentlich bei Behörden, sind im allgemeinen nicht für das besetzte Gebiet angenommen.

Weitere Auskunft wird von der unterzeichneten Kriegsamtsstelle Danzig, Amt 11, Krebsmarkt 23, erteilt.

Danzig, den 4. Oktober 1917.

Kriegsamtsstelle Danzig.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

- Montag, 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:** „Nigkon“ von Thomas.
- Dienstag, 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:** „Meerleuchten“. Schauspiel von Ludwig Ganghofer.
- Mittwoch, 17. Oktober, abends 6 1/2 Uhr:** „Lohengrin“.
- Donnerstag, 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:** „Der siebente Tag“. Lustspiel von Schiller und Wolf.
- Freitag, 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:** „Wigand“.
- Sonntag, 20. Oktober, abends 7 Uhr:** „Ein Sommer nachts“.
- Sonntag, 21. Oktober, abends 7 Uhr:** „Jädit“. Große Oper von Halévy.

Bildungs-Vereinshaus

Hinter-Gasse 16

265



Heute Sonnabend **8 Uhr**

Morgen Sonntag **7 Uhr**

Dinse's erstklass. Varieté-Programm

Echt gefädelten **Schnupftabak** garantiert rein.

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2. Driestergasse 5. Fernspr. 24

Trauer-

Hüte
in
reicher
Auswahl

Blusen
Handschuhe
zu
billigsten
Preisen

Julius
Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle